



Parlamentarische Einblicke für die **Region Trier**

# Berliner **Einblick :**

11. Dezember 2016 | Nr. 25

## **Karl-Marx-Jubiläumsjahr 2018**

**Bund unterstützt Trier mit 1,5 Millionen Euro und Sonderbriefmarke**

Zwei ganz besondere Herzensanliegen von mir wurden Anfang November Wirklichkeit: Die Stadt Trier wird 2018 die Feierlichkeiten rund um den 200. Geburtstag von Karl Marx nicht nur mit einer Sonderbriefmarke begehen können, sie erhält vom Bund auch insgesamt 1,5 Millionen Euro für die Ausstellung in Trier.

Für beides hatte ich mich seit Monaten immer wieder auf Bundesebene stark

gemacht. Der Erfolg zeigt, dass sich der Einsatz für Trier gelohnt hat. Trotz der unsachgemäßen Kritik einzelner Unionsmitglieder am Konzept der Ausstellung, ist es mir gelungen, die Haushalts- und Kulturpolitiker des Deutschen Bundestages von einer Förderung zu überzeugen. Jetzt hat der Haushaltsausschuss insgesamt 1,5 Millionen Euro für das vielfältige und mehrmonatige Jubiläumsprogramm freigegeben. Denn

angesichts der großen Bedeutung von Karl Marx, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, ist es wichtig, sich mit seinem Leben und Wirken auseinanderzusetzen. Sein 200. Geburtstag ist deshalb ein guter Anlass, 2018 den berühmten Sohn unserer Stadt in den Mittelpunkt zu stellen. Der Bundeszuschuss verteilt sich auf die Jahre 2017 (600.000 Euro) und 2018 (900.000 Euro). Nach den beiden erfolgreichen Ausstellungen zu Konstantin (2007) und Nero (2016) wird Karl Marx im Jahr 2018 der nächste Besuchermagnet werden.

Zusätzlich wird die Ausgabe einer Sonderbriefmarke dem politisch einflussreichsten Philosophen des 19. Jahrhunderts nächstes Jahr bundesweit Aufmerksamkeit verschaffen. Das Bundesfinanzministerium gibt jedes Jahr rund 50 Sondermarken heraus, die wichtige Ereignisse



Beide Jahrgang 1968: Katarina Barley mit der „Karl-Marx“-Sonderbriefmarke zum 150-jährigen Jubiläum



**Liebe Leserinnen und Leser,**

rasend schnell ist dieses Jahr vergangen. Schon seit einem Jahr bin ich Generalsekretärin der SPD und noch immer freue ich mich, dass die Partei mich so gut angenommen hat. Ich gebe zu, es ist schon unglaublich viel Arbeit. Aber ich nehme die Herausforderungen gerne an und freue mich, dass ich jetzt gestalten kann, was ich früher kritisiert habe. Ich freue mich mit den Menschen und für diese Partei zu arbeiten, auf die ich so wahnsinnig stolz bin!

Ich wünsche allen fröhliche und erholsame Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr!

*Katarina*

und Persönlichkeiten in Deutschland würdigen. Dazu wählt der Programmbeirat des Ministeriums aus ca. 500 Vorschlägen die Themen aus. Da das unabhängige Expertengremium nur einmal im Jahr tagt, um dann jeweils die Themen für das übernächste Jahr festzulegen, hatte ich bereits im Juli 2015 für eine Sonderbriefmarke anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx gewor-

ben. Der Programmbeirat hat meinen Vorschlag unterstützt und sich in seiner Herbst-Sitzung für ein Sonderpostwertzeichen „Karl Marx“ im Jubiläumjahr 2018 ausgesprochen. Dieser Empfehlung ist der Finanzminister gefolgt. Seine Genehmigung liegt vor. Jetzt werden Frankaturwert und Auflage der Briefmarke bestimmt. Für die Gestaltung des Motivs ist ein unabhängiger Kunstbeirat

zuständig.

Zuletzt wurde 1968 eine Sonderbriefmarke „Karl Marx“ anlässlich seines 150. Geburtstages von der Deutschen Bundespost ausgegeben. Die Auflage betrug 30 Millionen Stück, der Frankatur-Wert war 30 Pfennige. Eine bessere Werbung für die große Karl-Marx-Ausstellung 2018 kann ich mir für die Stadt Trier nicht wünschen.

## Leiharbeit und Werkverträgen

SPD-Bundestagsfraktion setzt gesetzlichen Schutz gegen Missbrauch durch

**Etwa eine Million Menschen sind zurzeit als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter beschäftigt. Oftmals werden sie schlechter bezahlt als die Stammebelegschaft und haben weniger Rechte. Einige Leiharbeiter arbeiten sogar bis zu zehn Jahre in demselben Entleihbetrieb. Auch in Trier und Trier-Saarburg sind jeweils 1529 und 297 Beschäftigte betroffen. Dabei zielen Leiharbeit und Werkverträge eigentlich darauf ab, Auftragsspitzen abuarbeiten und zeitlich begrenzte Personalengpässe zu überbrücken.**

Die SPD hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, diesen Missbrauch zu bekämpfen. Der Bundestag hat Ende Oktober das Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes beschlossen. Dass eine gesetzliche Regulierung überhaupt zustande kam, lag an der Hartnäckigkeit

von uns Sozialdemokraten in den Koalitionsverhandlungen.

Im Kern sieht das Gesetz vor, dass Leiharbeiter künftig nach neun

rechte von Betriebsräten wird der Einsatz von Werkverträgen transparenter. Betriebsräte müssen über die vertragliche Gestaltung des Einsatzes von Fremdpersonal informiert werden. Außerdem können Scheinwerkverträge künftig nicht mehr durch eine so genannte Vorratsverleiherlaubnis nachträglich legitimiert werden.

Die neuen gesetzlichen Regelungen helfen verantwortungsvoll handelnden Unternehmen,

deren Flexibilität nicht eingeschränkt wird. Sie richten sich vielmehr gegen die schwarzen Schafe, die die bisherigen Regeln missbraucht haben. Das Gesetz tritt zum 1. April 2017 in Kraft. Die Höchstüberlassungsdauer und Equal Pay gelten für Verleihzeiten ab diesem Datum.

Für die SPD-Bundestagsfraktion sind die gesetzlichen Maßnahmen ein erster wichtiger Schritt zur Bekämpf-



Monaten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen müssen wie die Stammebelegschaft – auch Equal Pay genannt. Zudem soll eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten gelten. Wird diese überschritten, entsteht ein Arbeitsverhältnis mit dem Entleihbetrieb. Damit soll dem dauerhaften Einsatz von Leiharbeitskräften entgegen gewirkt werden.

Durch gestärkte Informations-



fung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Die Sozialdemokraten wollten weiterreichende Regelungen durchsetzen: Zum Beispiel, dass Leiharbeitnehmern der gleiche Lohn wie der Stammbeschäftigung schon nach einer kurzen Einarbeitungszeit anstatt nach erst neun Monaten gezahlt werden muss. Zu-

dem wollte die SPD-Fraktion eine Beweislastumkehr bei missbräuchlichen Werkverträgen einführen. Diese und weitere Maßnahmen sind aber mit der CDU/CSU-Fraktion nicht realisierbar.

Weitere Informationen sind verfügbar unter:

<http://bit.ly/2h5xw4R>

## Mehr Teilhabe und Selbstbestimmung Bundesteilhabegesetz verbessert Lebenslage vieler Menschen mit Behinderungen

Am 01.12.16 wurde eines der großen sozialpolitischen Reformvorhaben in dieser Legislaturperiode im Deutschen Bundestag



Mehr Teilhabe und Selbstbestimmung – weniger Fürsorge. Der Deutsche Bundestag hat das Bundesteilhabegesetz verabschiedet.

verabschiedet: Das Bundesteilhabegesetz stärkt die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen deutlich.

Die Reform läutet einen entscheidenden Systemwechsel ein: Die heutige Eingliederungshilfe wird aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe gelöst und in das Neunte Sozialgesetzbuch integriert. Damit werden wir das SGB IX zu einem neuen Leistungsgesetz auf. Diese Aufwertung bringt entscheidende Verbesserungen für die heute knapp 700.000 Menschen, die Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen. Künftig können sie mehr von ihrem Einkommen und Vermögen zurücklegen. Ehepartner werden nicht mehr zur Finanzierung herangezogen. Das ist gegenüber geltendem Recht ein erheblicher Fortschritt.

Das Bundesteilhabegesetz ist ein kompliziertes, aber auch ein sehr wichtiges Gesetz. Wir verbessern die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen. Künftig steht der Mensch im Mittelpunkt. Was Menschen wegen ihrer Behinderung an Unterstützungsleistung bekommen, ist dann nur noch davon abhängig, was sie brauchen und was sie möchten und nicht länger vom Wohnort.

Zum Gesetzentwurf haben vor allem die Verbände von Menschen mit Behinderungen viel Kritik geäußert. Deshalb habe ich im September das Gespräch mit verschiedenen Einrichtungen, Organisationen und Betroffenen gesucht. In den parlamentarischen Beratungen wurden anschließend nochmals viele Verbesserungen erreicht.

Die Kritik der Opposition zur nicht ausreichenden Finanzierung ist nicht hinnehmbar. Bereits die Kabinettsfassung sah Mehrausgaben von bis zu 700 Millionen Euro jährlich vor. Von einem Spargesetz kann hier keine Rede sein. Das Bundesteilhabegesetz schafft mehr Teilhabe und Selbstbestimmung für Betroffene und verbessert deutlich die Lebensqualität der Menschen.

## Vormerken: Trierer Wirtschaftsgespräch 2017

Verena Bentele, die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, spricht am Dienstag, dem 7. Februar 2017 um 19 Uhr über die Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt. Zu der Veranstaltung, die im Rahmen der Reihe Trierer Wirtschaftsgespräch stattfindet, hat sich auch die rheinland-pfälzische Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler angekündigt. Veranstaltungsort ist voraussichtlich die IHK Trier. Weitere Infos folgen.

## Martin Schulz kommt zur SPD-Wahlkreiskonferenz nach Schweich

Der SPD Kreisverband Trier-Saarburg und der SPD Stadtverband Trier haben mich als Kandidatin für die Bundestagswahl 2017 nominiert. Am Sonntag, 11. Dezember 2016, stelle ich mich den Delegierten zur Wahl. Ich freue mich, dass sich zur Wahlkreiskonferenz ein ganz besonderer Gast angesagt hat: Wir erwarten den Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz, der zu den Vertreterinnen und Vertretern und den Gästen sprechen wird. Die Wahlkreiskonferenz ist öffentlich. Gäste sind herzlich willkommen. Veranstaltungsort ist das Bürgerzentrum in Schweich, Stefan-Andres-Straße 1B. Beginn ist 11 Uhr.



Schon Anfang 2016 war Martin Schulz im Landtagswahlkampf in Trier

## Bundesverkehrswegeplan beschlossen!

Realisierbarkeit des Moselaufstiegs bleibt fraglich

Heute wurden die Ausbaugesetze zum Bundesverkehrswegeplan 2030 im Deutschen Bundestag beschlossen. In dem Plan ist auch die Westumfahrung Trier (Moselaufstieg) enthalten. Die Trierer SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Katarina Barley hat weiterhin Zweifel an dem Kosten-Nutzen-Verhältnis des Projekts.

Im Bundesverkehrswegeplan 2003 wurde der Moselaufstieg mit 5.000 Fahrzeugen am Tag und Kosten von 44 Millionen Euro bewertet. Aufgrund des geringen Nutzen-Kosten-Verhältnisses von 1,3 wurde die Maßnahme 2003 nicht in den vordringlichen Bedarf eingestuft.

Derselben Maßnahme wird im neuen Bundesverkehrswegeplan eine Verkehrsbelastung von 13.000 Kfz/24h bei Kosten von 60 Millionen Euro prognostiziert. In einer neuen Berechnungsmethode stieg das Nutzen-Kosten-Verhältnis plötzlich auf



Weniger Stau, mehr Schienenverkehr: Mit dem Bundesverkehrswegeplan stellt der Bundestag die Weichen für nachhaltige Verkehrsinvestitionen bis zum Jahr 2030.

11,0.

Der Moselaufstieg wurde nicht vom Land Rheinland-Pfalz zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Dass das Projekt trotz der umstrittenen Entlastung für die Region in den vordringlichen Bedarf aufgenommen wurde, ist ein bemerkenswerter Vorgang.

Ich schätze, dass die Realisierung des Projekts deutlich mehr als die veranschlagten 60 Millionen Euro kosten wird. In den Beratungen haben

mich die mir zur Verfügung gestellten Berechnungsgrundlagen nicht überzeugt. Deshalb bezweifle ich, dass der tatsächliche Nutzen des Moselaufstiegs im Verhältnis zu den Kosten in den vergangenen 13 Jahren so exorbitant gestiegen ist.

Sollte der Moselaufstieg zeitnah umgesetzt werden, müssten die Ortsumgehungen für Trier-Zewen und Igel gleichzeitig gebaut werden, um für Entlastung der Orte sorgen.

## Deutsch-Amerikanischer Dialog in Berlin und Trier

Zivilgesellschaftlichen Austausch stärken

**Auf meine Einladung trafen fünf Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Trier auf eine US-amerikanische Delegation aus Pittsburgh (Pennsylvania). Nach einem gemeinsamen Programm in Berlin besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Unternehmen und Projekte in Trier.**

Deutschland und die USA stehen vor gemeinsamen und vergleichbaren Herausforderungen, mit denen sich die Zivilgesellschaft auf beiden Seiten

des Atlantiks beschäftigt. Deshalb ist es wichtig, dass aktuelle Fragen auch auf dieser Ebene im Austausch diskutiert werden

Nach dem Empfang bei Oberbürgermeister Wolfram Leibe nahmen sie am Unterricht der Berufsbildenden Schulen teil. Außerdem erhielten sie Einblicke in die Media-Agentur mocamedia und besuchten die Industrie- und Handelskammer, sowie das Team ProTRon an der Hochschule Trier und die Stadtwerke Trier zum Thema er-

neuerbare Energien. Natürlich durften Stadtführung und Weinprobe nicht im Programm fehlen.



Die Delegation beim Empfang des Oberbürgermeisters der Stadt Trier, Wolfram Leibe

### IMPRESSUM

Berliner **Einblick:** – 11.12.2016 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Leif Knappe [LK] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 05.12.2016